

ENTWICKLUNGSPOLITIK WEITER DENKEN

2. EICHHOLZER FACHTAGUNG ZUR ENTWICKLUNGSPOLITIK DER
KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG MIT DEM BUND KATHOLISCHER UNTERNEHMER,
WESSELING, 17./18. APRIL 2009

Wir schreiben das Jahr 1952: Zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den westlichen Siegermächten Frankreich, Großbritannien und USA wird der so genannte „Deutschlandvertrag“ geschlossen, Baden und Württemberg werden in einem Bundesland vereint, die „Tagesschau“ geht – wenige Tage nach ihrem DDR-Pendant „Aktuelle Kamera“ – erstmals auf Sendung, und die Bundesrepublik leistet erstmals einen finanziellen Beitrag zum „Erweiterten Beistandsprogramm der Vereinten Nationen“, der heute als der Startschuss deutscher Entwicklungszusammenarbeit angesehen wird.

Fast sechzig Jahre später ist vieles anders in der Welt. Aber noch immer suchen ganze Heerscharen von Experten nach dem richtigen Rezept, um Entwicklungsländer politisch, sozial und wirtschaftlich so zu reformieren, dass sie sich aus eigener Kraft entwickeln können. Vieles wurde unternommen in den vergangenen Jahrzehnten. Manches hatte Erfolg, anderes nicht. Erfahrungen gibt es reichlich, aber was gestern gut war, muss es heute nicht mehr sein. Neue Herausforderungen – die jüngsten bekannt als internationale Finanzkrise oder Klimawandel – verlangen nach neuen Antworten. Ein rasantes Tempo der Veränderung, komplexe Zielsysteme und eine zunehmende regionale und sektorale Vernetzung prägen die Entwicklungszusammenarbeit zu Beginn des 21. Jahrhunderts.

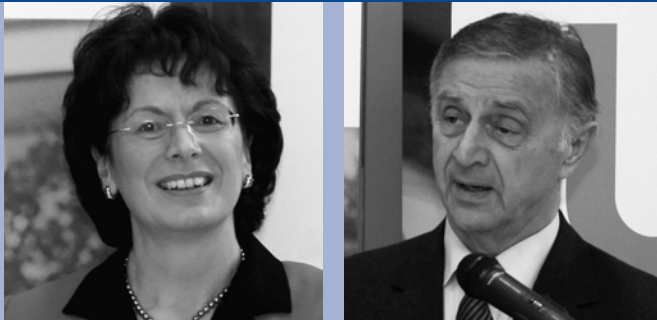
So galt es, auf der zweiten entwicklungspolitischen Fachtagung der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) und des Bundes Katholischer Unternehmer (BKU) vom 17. bis 18. April 2009 im KAS-Bildungszentrum Schloss Eichholz über die Zukunft der Entwicklungspolitik angesichts neuer Herausforderungen zu diskutieren. Schnell war unter den mehr als fünfzig Teilnehmern aus Politik, Wirtschaft, Kirche und Nichtregierungsorganisationen (NRO) ein Konsens über die Notwendigkeit eines Kurswechsels der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) hergestellt.

DIE KRISE ALS CHANCE

Wie eine solche Neuorientierung aussehen könnte, skizzierten Franz Schoser, Schatzmeister und Vorstandsmitglied der Konrad-Adenauer-Stiftung, und Marie-Luise Dött MdB, Bundesvorsitzende des Bundes Katholischer Unternehmer bereits in ihren einleitenden Worten: „Kleine finanzielle Beiträge können eine große Wirkung erzielen“, betonte Marie-Luise Dött und distanzierte sich damit klar von der These „Mehr Geld = Mehr Entwicklung“. Dieser Gedanke fand sich auch in den Worten von Franz Schoser wieder, der zudem forderte, bei der künftigen Entwicklungspolitik länderspezifische Konstellationen stärker zu berücksichtigen. Darüber hinaus hob er die Rolle der Wirtschaft getreu der These „Auf den Mittelstand kommt es an“ besonders hervor.

*Arnold Vaatz MdB,
Werner Hoyer MdB
und Michael Gahler
MEP diskutieren als
parlamentarische
Entscheidungssträger
über die Neuansätze
der Entwicklungspolitik
(v.l.n.r.).*





*Marie-Luise Dött MdB,
Bundesvorsitzende des BKU,
und Franz Schoser, Schatzmeister
und Vorstandsmitglied der KAS,
eröffneten die Veranstaltung.*

Insgesamt schien den meisten Teilnehmern gerade im Zuge der internationalen Finanzkrise die Zeit günstig, die Entwicklungszusammenarbeit neu zu gestalten. Die Krise als neue zentrale und globale Herausforderung eröffne auch Chancen, zeigte sich Werner Hoyer MdB, Staatsminister a.D. und stellvertretender Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion, im von Astrid Prange, Rheinischer Merkur, moderierten Kaminesgespräch überzeugt. Zugleich warnte er aber vor überstürzten Reaktionen. „Unter dem jetzigen Druck dürfen wir den Kompass nicht verlieren.“ Arnold Vaatz MdB, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, riet ebenfalls, „dem undifferenzierten Ruf nach Reformen und dem babylonischen Sprachgewirr der Entwicklungszusammenarbeit“ nicht zu folgen.

ABSAGE AN ENTWICKLUNGSPOLITISCHE EINHEITSKONZEPTE

Professor Peter Molt von der Universität Trier trat in seinem Beitrag dafür ein, sich von der Vorstellung einer „Entwicklungspolitik aus einem Guss“ zu verabschieden. Molt plädierte vielmehr für Strategien, die den spezifischen Problemen eines jeden Entwicklungslandes gerecht würden: „Ich sehe einen wachsenden Abstand zwischen erfolgreichen Entwicklungsländern und weniger erfolgreichen“, stellte er fest und forderte die Verantwortlichen auf, diese Differenzen stärker als zuvor zu berücksichtigen. Schwellenländer benötigten demzufolge aufgrund ihres Wirtschaftswachstums keine Entwicklungshilfe im eigentlichen Sinne mehr. Eher sollten die Geberstaaten einen „bilateralen Politikdialog“ anstreben. Die klassische Entwicklungshilfe sei auch für fragile und zerfallende Staaten am anderen Ende der Entwicklungsländer-Skala nicht zielführend: „Bei zerfallenden Staaten hat Entwicklungshilfe nichts zu suchen. Sie benötigen eher sicherheits- und außenpolitische Hilfsmaßnahmen“, betonte Molt. Im Zen-

trum der Entwicklungspolitik sollten hingegen die besonders armen Länder mit einigermaßen gefestigten staatlichen Strukturen stehen. Sie seien gekennzeichnet durch gering entwickelte wirtschaftliche Ressourcen, entsprechend unzureichende Staatseinnahmen, aber eben auch durch ihre Reformbereitschaft.

Eine exklusive Festlegung auf bestimmte, durch die EZ zu fördernde Staatengruppen hielten einige Teilnehmer der Konferenz jedoch für zu weitreichend. Sie kritisierten, dass viele arme Länder in der Entwicklungshilfe nicht mehr berücksichtigt würden. So plädierte Gertrud Casel, Geschäftsführerin der deutschen Gesellschaft „Justitia et Pax“, für eine weitere Einbindung der „ärmsten und armen Länder“ in politische Entscheidungsprozesse und positionierte sich gegen eine Einstellung der ODA (Official Development Assistance) für Staaten, die bislang nicht hinreichend gut registriert seien.

KEINE GEGENSÄTZE: WERTE UND INTERESSEN

Unter den Teilnehmern herrschte breiter Konsens über die Notwendigkeit des entwicklungspolitischen Dreiklangs von Solidarität, Personalität und Subsidiarität. Diese drei Elemente gemeinsam müssten in der Zusammenschau die Basis allen entwicklungspolitischen Handelns darstellen.

Der Mensch solle stets im Mittelpunkt der Reformbemühungen stehen. So betonte etwa Casel: „Der Einzelne ist Träger seiner Rechte. Er muss angetrieben werden, sich politisch zu beteiligen. Das ist ein Ausdruck seiner Würde.“ Laut Molt galten der christlich-demokratischen Entwicklungszusammenarbeit schon von Beginn an der Mensch und die Förderung seiner Würde, seiner Freiheit



wie auch seiner Lebenschancen als zentrale Elemente ihres Handelns. Der Staat müsse sich verpflichten, entsprechend dem Solidaritäts- und dem Subsidiaritätsprinzip zu handeln. Professor Winfried Pinger, Leiter des BKU-Arbeitskreises Unternehmerische Entwicklungszusammenarbeit, sah das Subsidiaritätsprinzip aufgrund von „Fehlentwicklungen“ hin zu mehr zentralstaatlicher Bürokratie jedoch als gefährdet. Frank Spengler, stellvertretender Leiter der Hauptabteilung Internationale Zusammenarbeit der KAS setzte sich für eine „werteorientierte Außenpolitik“ ein, der sich die Stiftung verpflichtet fühle und für die sich derzeit Bundeskanzlerin Angela Merkel einsetze.

Das Prinzip der Solidarität stehe dabei nicht im Widerspruch zu einer Verfolgung nationaler Interessen, davon zeigte sich die Mehrheit der Tagungsteilnehmer überzeugt. Nicht nur Michael Güldner, Managing Director der GOPA Consultants, plädierte für eine verstärkte realpolitische Kenntnisnahme solcher Interessen. Es sei ein Schwachpunkt der Pariser Deklaration von 2005 und der *Accra Agenda for Action* aus dem Jahr 2008, die Eigeninteressen nicht ausreichend zu berücksichtigen, erklärten verschiedene Teilnehmer in der Diskussion. Dabei widersprächen nationale Interessen in keiner Weise dem Prinzip der Solidarität, erklärte Vaatz.

Stephan Eisel MdB, zuständig für die Außenbeziehungen der Europäischen Union im Bundestag, trat dafür ein, die christlich-universellen Werte wie Würde, Gleichheit, Verschiedenheit und Unvollkommenheit grundsätzlich als Maßstab aller Entwicklungszusammenarbeit zu betrachten. Das eigene Werteverständnis solle nicht verleugnet werden: „Was wir im Inneren für richtig halten, sollte auch eine Rolle in der Entwicklungspolitik spielen. Sonst

werden wir unglaublich.“ Hoyer bestätigte an anderer Stelle: „Der Rechtsstaat ist unser bestes Exportprodukt.“

Wie in der gesamten internationalen Debatte über die Zukunft der Entwicklungspolitik stand auch in Eichholz die Ausweitung der Eigenverantwortung der Entwicklungsländer hoch im Kurs. Entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip liege laut Molt „die primäre Aufgabe der Entwicklungspolitik [...] in der Stärkung lokaler Selbstverwaltung.“ Martin Wilde, Geschäftsführer des BKU, unterstrich die Bedeutung des Subsidiaritätsprinzips ebenfalls und rief zu mehr wirtschaftlicher Zusammenarbeit in der EZ auf. Winfried Steen, Vorstandmitglied des Evangelischen Entwicklungsdienstes, setzte sich außerdem für eine bessere Koordinierung zwischen staatlicher und nichtstaatlicher Entwicklungshilfe ein.

STAAT UND ZIVILGESELLSCHAFT – GEMEINSAM STARK

Die Stärkung der Zivilgesellschaft war eine zentrale Forderung der Tagungsteilnehmer. Eine besonders bedeutende Rolle käme dabei den Nichtregierungsorganisationen zu: Sie könnten auf Instrumente zurückgreifen, die eine Regierung aus diplomatischen Gründen nicht immer anwenden könne, unterstrich Hoyer. Wilde nannte es „einen ordnungspolitischen Skandal“, dass in der Bundesrepublik Deutschland bis heute nur rund zehn Prozent der ODA-Leistungen in den nicht-staatlichen Bereich fließen würden. Eine große Anzahl von NRO dürfe jedoch nicht zu Lasten klarer Zuständigkeiten und Schwerpunktsetzungen gehen, mahnte Vaatz. Ebenso müsse auf die unterschiedliche Qualität der einzelnen NROs geachtet werden, die zu einem großen Teil, nicht aber per se, sehr gute Arbeit leisteten. Steen plädierte in diesem



Sinne auch für mehr Transparenz und Kontrolle aller EZ-Organisationen: „Nur Vertrauen reicht nicht“, so sein Tenor. Volkmar Klein MdL, Mitglied des nordrhein-westfälischen Landtages, sprach sich in seinem Beitrag allerdings dafür aus, den Begriff der Zivilgesellschaft durch den der Bürgergesellschaft zu ersetzen. Dieser impliziere direkter die notwendige Übertragung von Verantwortung an die Gesellschaften der Entwicklungsländer.

Bedeutend sei es auch, die Parlamente weiter zu stärken und zu befähigen. So beanstandete etwa Casel ein zunehmendes Desinteresse der Volksvertretungen an Entwicklungsfragen und mahnte: „Die Parlamente müssen sich stärker beteiligen.“ Das gelte für den Norden und den Süden gleichermaßen. Im Norden müsse das Bewusstsein für dieses relevante Thema gestärkt werden, im Süden sei „capacity building“ notwendig. Auch Michael Gahler MdEP, stv. Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Europäischen Parlament, setzte sich für eine verstärkte Förderung der Parlamente im Süden ein, die von der EU bislang zu wenig beachtet worden wären. Politische Stiftungen, so kamen die Teilnehmer überein, spielten hier eine entscheidende und wegweisende Rolle. Die Beispiele Chile und Uganda zeigten, wie deren Maßnahmen zu einem demokratischen Wandel beitragen können.

WIDER DIE KOLLEKTIVE VERANTWORTUNG

Gahler wies auf die Bedeutung der multilateralen Zusammenarbeit hin, ohne die die globalen Herausforderungen wie die internationale Finanzkrise nicht zu bewältigen seien. Zivilgesellschaft sei wichtig, aber ohne den Rahmen gebenden und schaffenden Staat sei Entwicklung nur schwer möglich. Aufgrund der eigenen Erfahrungen könne die europäische EZ zudem sehr gut „regionale Kooperation“, wie etwa die Afrikanische Union, stärken.

Unbestritten verlieren die einzelnen Geberstaaten jedoch durch ihr zunehmend multilaterales Engagement an Einfluss auf die Verwendung ihrer ODA-Leistungen. Von vielen Teilnehmern der Eichholzer Fachtagung wurde diese Entwicklung skeptisch betrachtet: So sei laut Molt der Einfluss der Bundesrepublik Deutschland auf die Verwendung der Mittel auch Ausdruck der eigenen Verantwortung, die es zu bewahren gelte. Güldner plädierte in seinem Beitrag für mehr „eigenständige Profilbildung“ der Bundesregierung. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) solle nicht länger repetieren, „was EU und OECD vordenken“, kritisierte er und forderte zugleich mehr Wettbewerb zwischen den entwicklungspolitischen Akteuren – mit dem Erfolgsdruck würde dann auch die Qualität der Maßnahmen steigen. Insgesamt müsse mehr Realismus in das derzeitige „monokausale Hoffungsgebilde“ der Entwicklungspolitik einziehen.



Mit Arnold Vaatz MdB, Stephan Eisel MdB und Michael Gahler MdB sowie Werner Hoyer MdB (siehe Foto S.4) nahmen hochrangige Politiker an den Diskussionen teil.

MEHR KOHÄRENZ FÜR EFFIZIENZ

Eng mit der Diskussion über bi- versus multilaterale EZ verknüpft ist die Frage der Kohärenz der entwicklungspolitischen Maßnahmen: Zahlreiche staatliche und nichtstaatliche Organisationen auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene wirken heute an der Entwicklungszusammenarbeit mit. Doch mehr Akteure schaffen nicht zwangsläufig mehr Wert: Koordinierungsdefizite können zu einer Inkohärenz entwicklungspolitischer Maßnahmen führen, die Entwicklungserfolge behindert.

Das gilt auch für die Entwicklungspolitik im nationalen Rahmen. Daher war die Aufsplittung der entwicklungspolitischen Kompetenzen zwischen den einzelnen deutschen Ministerien ein weiterer zentraler Diskussionsgegenstand der Tagung. „Viele kleine Bundeskanzlerämter wollen ihren Appetit auf Allzuständigkeiten stillen“, formulierte Vaatz das Problem mangelnder Kohärenz im System der Bundesrepublik Deutschland zugespitzt.

Diskutiert wurde vor allem das Verhältnis zwischen dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und dem Auswärtigen Amt (AA). Hoyer sprach sich für mehr Einfluss des Auswärtigen Amtes in Entwicklungsfragen aus: „Die Entwicklungspolitik ist ein integraler Bestandteil auswärtiger Politik“, für die „nicht nur BMZ-Entsandte“ zuständig seien. Sollten Funktion und Rolle des AA allerdings weiter wachsen, müsste sich zeitgleich auch das Ministerium selbst verändern. Andere Teilnehmer setzten sich jedoch gegen eine Ausweitung der Zuständigkeiten von AA und Botschaften ein, da Entwicklungszusammenarbeit „etwas anderes [sei] als Diplomatie“.

WENIGER IST HÄUFIG MEHR

Mehr Kohärenz ist wie so vieles andere in der Entwicklungspolitik demnach nicht in erster Linie eine Frage des „tiefer in die Tasche Greifens“. Vaatz, wie auch viele andere Teilnehmer, plädierte daher dafür, mit dem Mythos „mehr Geld = mehr Entwicklung“ endgültig aufzuräumen. „Meistens bewirken die teuren Instrumente wenig und die günstigen Instrumente viel“, so der Abgeordnete weiter. „Es ist eine falsche Wunschvorstellung, dass alles mit Kapital und Geld zu lösen ist“, brachte Güldner die Skepsis vieler auf den Punkt. Auch Hoyer kritisierte, dass es in der Entwicklungshilfe mehrheitlich um quantitative Hilfe gehe und qualitative Fragen vernachlässigt würden. Laut Vaatz würde die bisherige Entwicklungspolitik oft gar Verhältnisse stabilisieren, „die für die schwierige Situation in den Entwicklungsländern verantwortlich sind.“ Molt gab zu bedenken, dass heute viele Länder „am Tropf der Entwicklungshilfe“ hingen, was eigene Initiativen verhindern würde.

Damit kam die Diskussion rasch auf das Thema Budgethilfe, für die die Voraussetzungen laut Molt „in den meisten Ländern nicht gegeben“ seien. Zudem würde derzeit die tatsächliche Verwendung des Geldes nicht ausreichend kontrolliert, Sanktionen würden zu zögerlich angegangen und die Korruption würde erheblich erleichtert. Je lauter die Kritik an der Budgethilfe als „Allheilmittel“ der EZ wurde, desto schneller wurden Auswege in konkreten Projekten gesucht. Die Mehrheit der Teilnehmer hielt vor allem die Vergabe von Mikrofinanzkrediten als besonders förderungswürdig. Sie erlaubten den Menschen in Entwicklungsländern laut Michael Sommer, Leiter der Abteilung Ausland und Nachhaltigkeit der Bank im Bistum Essen eG, besonders gut die Hilfe zur Selbsthilfe. Bereits kleine Beträge gäben armen Menschen die Möglichkeit, sich selbstständig zu machen, ihr Umfeld zu unterstützen und



Werte und Interessen in der Entwicklungspolitik wurden ebenso diskutiert ...

damit einen wirtschaftlichen Wachstumsprozess in Gang zu setzen. Und doch blieb die Frage offen, ob ein breiteres Wirtschaftswachstum tatsächlich ausschließlich durch Instrumente wie Mikrofinanzkredite zu erreichen oder aber doch breiter angelegte Unterstützung, wie sie etwa die Budgethilfe verspricht, von Nöten sei.

WIRTSCHAFT WIRKT

Wie die klassische Zivilgesellschaft ist auch die Wirtschaft Motor für Reformen in den Entwicklungsländern. Das gelte nicht nur für wirtschaftlichen Aufschwung, sondern auch für politische Entwicklung, wies Klemens van de Sand, ehemaliger Unterabteilungsleiter im BMZ, auf einen seiner Ansicht nach in der EZ noch wenig diskutierten Punkt hin. Für Wilde sind „ökonomische Selbstständigkeit und politische Mündigkeit“ gar „zwei Seiten derselben Medaille“. Entsprechend setzte er sich für weniger Staat und „mehr Partizipation von unten“ ein.

Sommer sprach sich ebenfalls für eine effizientere und unmittelbarere Unterstützung von Unternehmerpersönlichkeiten in Entwicklungsländern aus. Entscheidung und Verantwortung durch den Einzelnen seien dabei für den Erfolg unverzichtbar: „Unternehmer müssen lernen zu sehen, zu urteilen und zu handeln anstatt zu hören, zu urteilen und zu delegieren.“ Die Aufgabe der Entwicklungszusammenarbeit sei die effiziente und unmittelbare Unterstützung für das Unternehmertum. „Die Lösungen liegen nahe, die Motoren sind vorhanden, es fehlt nur der Zündstoff“, so Sommer.

Paul Gerhard Armbruster, Leiter der Abteilung Internationale Beziehungen Deutscher Genossenschafts- und Raiffeisenverband, wies auf die Notwendigkeit eines verstärkten ordnungspolitischen Engagements hin, das auch die Rechtsstaatlichkeit garantieren müsse. Laut Wilde mangle es in den

Entwicklungsländern bis heute aber gerade daran. Klein verglich die Rolle des Staates mit der eines Schiedsrichters beim Fußballspiel: Ohne Regeln laufe das Spiel nicht, aber der Schiedsrichter dürfe den Ball auch nicht selber treten. So seien vom Staat geschaffene Freiräume für den Mittelstand von höchster Bedeutung, machte auch Armbruster deutlich. Nur dann könne dieser seiner Beschäftigungs- und Bildungsfunktion ausreichend nachkommen. Der Staat müsse „schlank und beweglich“ sein, forderte Wilde.

Als hilfreich für mittelständische Unternehmen habe sich laut Armbruster die Bildung von Genossenschaften erwiesen, da diese besonders „Selbsthilfe und Selbstverantwortung“ fördern würden. Sie seien vor allem hilfreich bei der Umsetzung von *ownership* und Eigeninitiative. Über die bislang erzielten Erfolge von Genossenschaften wurde unter den Teilnehmern jedoch diskutiert.

„Jeder hat das Zeug, Unternehmer zu sein“, zitierte Klein den Friedensnobelpreisträger Mohammed Yunus und forderte die Geber zu mehr Unterstützung für wirtschaftliche Entwicklung auf. Er plädierte auch dafür, deutsche Unternehmen in die wirtschaftliche Aufbauhilfe einzubeziehen. Die Partnerschaft von Nordrhein-Westfalen mit Ghana, in der sich wirtschaftliche Akteure aus Geber- und Nehmerstaaten regelmäßig austauschen, könne dabei als Vorbild dienen. Die Rolle des Mittelstandes, so wurde in der Diskussion schnell deutlich, würde bislang von der deutschen EZ nicht ausreichend gefördert.

Angekommen im 21. Jahrhundert kann festgehalten werden, dass in der Entwicklungszusammenarbeit bis heute zwar vieles erreicht, aber längst nicht alles gewonnen wurde: Für die Zukunft gibt es so noch die ein oder andere entwicklungspolitische Nuss zu knacken, bevor die Früchte der jahrzehntelangen Anstrengungen dann zu genießen sein werden.

... wie die Rolle der Wirtschaft für wirtschaftliche und politische Reformen in den Entwicklungsländern.





AUSGEWÄHLTE PUBLIKATIONEN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG ZUR ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

- Gerhard Wahlers | Helmut Reifeld (Hrsg.):
Jenseits der Millenniumsziele. Werteorientierung für die künftige
Entwicklungspolitik, Eine Broschüre der Reihe „Im Plenum“,
Sankt Augustin/Berlin 2009,
ISBN 978-3-940955-80-7
www.kas.de/wf/de/33.16619/
- Demokratie- und Rechtsstaatsförderung in der Entwicklungszusammen-
arbeit. Einschätzungen aus den Empfängerländern in Afrika, Asien,
Lateinamerika und Südosteuropa, Sankt Augustin/Berlin 2009,
ISBN 978-3-940955-49-4
www.kas.de/wf/de/33.15744/
- Gerhard Wahlers: Budgethilfe als Instrument der Entwicklungs-
zusammenarbeit, Wirkungen und Herausforderungen in Ghana,
Mosambik, den Palästinensischen Autonomiegebieten und Vietnam,
Sankt Augustin/Berlin 2008,
ISBN 978-3-940955-24-1
www.kas.de/wf/de/33.15210/
- Gerhard Wahlers, Hans-Helmut Taake, Helmut Reifeld:
Elitenkooperation und Entwicklungszusammenarbeit,
Sankt Augustin/Berlin 2008
www.kas.de/wf/de/33.13376/
- Partnerschaft und Eigenverantwortung. Thesenpapier zur
Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika,
Sankt Augustin/Berlin 2007,
www.kas.de/wf/de/33.10723/



Herausgeber

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Rathausallee 12
53757 Sankt Augustin

Texte

Nora Marie Zarembo

Redaktion

Sabine Gerhardt
Dr. Hardy Ostry

Fotos

Harald Odehnal

© 2009

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ISBN 978-3-940955-93-7

www.kas.de



Der Jahresbericht 2008 berichtet über die Aktivitäten der KAS im In- und Ausland. Er wird ergänzt durch das Kapitel „Einblicke 2008/2009“ mit Beiträgen zu Themen, die über den Tag hinaus für die Arbeit der Stiftung wichtig sind.

Die deutsche und die englische Ausgabe können über bestellung@kas.de bezogen oder auf www.kas.de heruntergeladen werden.